

SO SIEHT ES DIE KOMMUNALPOLITIK

Flüchtlingskrise: Was ist zu tun?

Die Flüchtlingskrise ist in aller Munde. Wie ist die Lage? Was ist zu tun? Das wollten die OVB-Heimatzeitungen von heimischen Kommunalpolitikern wissen – und hat Vertreter der Parteien und Gruppierungen gefragt, die im Raum Ro-

senheim eine Rolle spielen und im Kreistag vertreten sind: CSU (33 Sitze), Grüne (9), SPD (8), Freie Wähler, Parteifreie/ÜWG (je 6), ÖDP, Bayernpartei (je 3) sowie FDP und Republikaner (je 1). Von der FDP kam keine Stellungnahme.

CSU

Kommunen entlasten

Klaus Stöttner, MdL, Kreisvorsitzender, Daniela Ludwig, MdB, stellvertretende Kreisvorsitzende: „Die CSU stellt sich auf allen politischen Ebenen einer der größten Herausforderung der Nachkriegsgeschichte. Wir müssen Sorgen der Bürger ernst nehmen, Kommunen entlasten und Flüchtlingsströme eingrenzen. Die CSU konnte sich beim Asylgipfel in Berlin mit wichtigen Forderungen aus der Klausurtagung der Landtagsfraktion in Banz durchsetzen: Der Bund wird die Länder für 2015 um zwei Milliarden Euro (statt einer) entlasten. Dazu erhalten die Länder ab 2016 pro Flüchtling 670 Euro monatlich. Die Länder bekommen für den Sozialen Wohnungsbau von 2016 bis 2019 je 500 Millionen Euro mehr. Das erleichtert den Wohnungsbau in der Region. Ebenso wichtig ist die Verschärfung des Asylrechts. Albanien, Kosovo und Montenegro erklären wir zu sicheren Herkunfts-



staaten. Bewerber aus diesen Ländern können nun bis Abschluss des Verfahrens in Erstaufnahmestellen bleiben, ohne auf Kommunen verteilt zu werden. Statt Taschengeld in Erstaufnahmeeinrichtungen soll es Sachleistungen und Gutscheine geben. Geldleistungen werden höchstens einen Monat im Voraus bezahlt. Wer keine Aussicht auf Bleiberecht sowie einen Ausreisetermin hat, bekommt nur bis zu diesem Zeitpunkt Leistungen. Die ehrenamtlichen Helfer, Hilfsorganisationen, Polizei und Behörden sind in Stadt und Landkreis Rosenheim an ihrer Belastungsgrenze. Wir fordern deshalb eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge.“



Blick in die „Bearbeitungsstraße“ der Rosenheimer Bundespolizei: Mehrere hundert soeben in Bayern angekommene Flüchtlinge wer-

den dort täglich versorgt, untersucht und erkennungsdienstlich erfasst. Danach werden sie auf Unterkünfte in ganz Deutschland verteilt. FOTO SIMETH

GRÜNE

Integration kostet Geld

Steffi König und Hubert Lingweiler, beide Sprecher des Kreisverbands: „Die Aufgaben, die dem Landkreis, den Behörden, Gemeinden und freiwilligen Helfern mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zu fallen, sind eine große Herausforderung. Gemessen daran werden sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – pragmatisch, unaufgeregt mit großer Selbstverständlichkeit und ohne politische Ideologien parteiübergreifend angepackt. Für diese hervorragende Arbeit möchten wir uns bei allen herzlich bedanken.“

Der Bund sollte aber viel mehr Unterstützung leisten. Die Länder und Kommunen müssen finanziell entlastet, Asylverfahren beschleunigt, unnötige Bürokratie abgebaut werden. Besonders die jungen Geflüchteten brauchen schnell Integrations- und Sprachkurse, damit sie sich zurechtfinden.

Wir nehmen die Ängste

und Befürchtungen der Bürger sehr ernst. In persönlichen Gesprächen und bei Veranstaltungen zum Thema Asyl versuchen wir, aufzuklären und zu informieren und so den Menschen Ängste zu nehmen. Für fremdenfeindliche Hetze und Gewalt haben wir aber kein Verständnis. Rassismus, Beleidigungen und Hetze haben in einer demokratischen Gesellschaft nichts verloren. Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Land, die Menschen hier sind hilfsbereit, das haben sie in den letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Gemeinsam werden wir die schwierige Situation meistern.“



PARTEIFREIE/ÜWG

Die Region ist gefordert

Dieter Kannengießer, stellvertretender Landrat und Kreisvorsitzender: „Der Kreis Rosenheim ist trotz seiner Grenzlage durch die Zuwanderung nicht über-, sondern gefordert. Landrat Wolfgang Berthaler und weitere beruflich Betroffene, wie Bundespolizei oder Verwaltung, zeigen, dass sie dieser Aufgabe gewachsen sind. Sie machen aber auch deutlich, dass sie von Bund und Land mehr Unterstützung erwarten. Die Bürgermeister der Region lassen sich nicht auseinander dividieren und unterstützen den Landkreis. Viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und soziale Organisationen bilden eine Welle der Hilfsbereitschaft. Aber die Lage wird sich verschärfen. Grenzkontrollen verlagern das Problem nur, bewirken aber, dass andere EU-Länder Überlegungen anstellen. Dauerhafte Kontrollen sind nur solange nötig, bis die EU solidarische Lösun-

gen anbietet. Ihre zaghaften Reaktionen und mangelnde Einigkeit sind kein Ruhmesblatt. Bürger stellen sich die Frage, ob wir die EU nur zu „Gängelthemen“ – wie den Eingriff ins Bauland für Einheimische – benötigen. Sollte es die EU nicht schaffen, klare Regeln (verbindliche Registrierung und Verteilung der Asylbewerber) mit allen EU-Staaten zu treffen, ist die Krise nicht zu bewältigen. Aber wir müssen Verfolgten helfen. Diese Herausforderung gilt für alle Ebenen des Staates. Warum es Deutschland nicht schafft, die Bearbeitung für Anträge zu verkürzen, liegt nicht nur am Personalmangel. Hier kann man Bürokratie abbauen. Um den Zulauf zu radikalen Parteien zu verhindern, gilt es Ängste durch Aufklärung zu nehmen.“



SPD

Bürokratie hinderlich

Alexandra Burgmaier, stellvertretende Landrätin und Kreisvorsitzende: „Der Exodus von Millionen Menschen aus Krisengebieten der Welt ist derzeit zu bewältigen. Wir Kommunen sind die Ebene, die am wenigsten entscheiden darf, aber den größten Beitrag in der praktischen Umsetzung liefern muss.“

Ich freue mich, dass in Stadt und Landkreis Rosenheim über alle Parteigrenzen hinweg Einigkeit besteht, diese Herausforderung anzunehmen. Landkreis, Städte, Gemeinden sowie Landes- und Bundespolizei bewältigen diese derzeit unter Ausnahmebedingungen. Und wir sind auf die Unterstützung unserer Bürger angewiesen. Sie geben der Integration ein Gesicht und helfen bei der Vermeidung möglicher Konflikte. Denn Integration ist für beide Seiten schwierig! Zahlreiche gelungene Beispiele – etwa bei der Jobvermittlung – geben mir Zuver-

sicht und zeigen Chancen für die Zukunft auf. Von Bund und Ländern erwarte ich ein planvolleres Vorgehen als bisher. Die Politik muss mit personellen und finanziellen Mitteln alles tun, um die Kräfte vor Ort zu entlasten. Hier werden, so wie es aussieht, derzeit endlich die richtigen Weichen gestellt.

Die Flüchtlingskrise zeigt, dass deutsche Bürokratie auch im Weg stehen kann. Oft scheitert die Unterbringung von Flüchtlingen an kleinteiligem Regelwerk, und übertriebener Datenschutz erschwert den Helferkreisen ihre Arbeit. Das muss sich ändern! Das Wichtigste aber ist, dass die Politik jetzt auch Maßnahmen gegen die Fluchtursachen ergreift. Denn das hilft den Menschen am meisten.“



FREIE WÄHLER

Flüchtlinge als Chance

Sepp Hofer, Kreisvorsitzender: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ hieß es bei der Fußball-WM 2006. Nun kommen erneut viele Ausländer zu uns, doch jetzt heißen wir Menschen willkommen, von denen die meisten in ihren Herkunftsländern verfolgt werden und um ihr Leben fürchten müssen. Diesmal sind es Menschen, die Schutz und ein menschenwürdiges Leben suchen. Weil es so viele sind, kommen Ämter, Helferkreise, Sicherheits- und Hilfsdienste an ihre Belastungsgrenzen. Und der Zustrom wird wohl noch lange andauern. Wenn ich sehe, mit welcher Gewalt man in anderen EU-Ländern auf Flüchtlinge losgeht, Zäune baut und Patrouillen an Grenzen aufstellt, kann ich das nicht gutheißen. Gewalt erzeugt Gewalt! Wir müssen von Anfang an freundlich mit Flüchtlingen umgehen. Je offener, freundlicher und verständnisvoller wir ihnen be-

gegnen, umso besser kann die Integration gelingen. Viele Flüchtlinge werden dankbar für die Aufnahmebereitschaft sein und sich in unserem Land mit ihren Fähigkeiten einbringen. Der demografische Wandel führt dazu, dass wir Deutschen immer älter und weniger werden. Wenn die vielen jungen Flüchtlinge bleiben, können sie für uns eine Chance sein. So war es schon oft in der Geschichte, auch in den letzten 70 Jahren in Deutschland. Es kamen viele Menschen, deren Leistungen für unser Land heute nicht wegzudenken sind, die beim Wiederaufbau halfen, die in Branchen wie der Pflege Unterstützung brachten. Auf lange Sicht sollte immer gelten: Wer sich hier integrieren und arbeiten möchte, der ist herzlich willkommen.“



REPUBLIKANER

Was wird aus Schwachen und Kranken?

Rudolf Hötzel, Vorsitzender des Kreisverbandes Rosenheim-Stadt: „Durch eine falsche und überhebliche Politik der USA im Nahen Osten



und nicht gezahlte EU-Hilfen für die Flüchtlingslager in und um Syrien haben wir eine Notsituation wie nie zuvor. Gebildet von den unüberlegten Versprechen der Kanzlerin, kommen dieses Jahr eine Million Flüchtlinge – in den nächsten Jahren eventuell noch mehr. Deutschland, Österreich und Schweden können dies nicht allein bewältigen. Hier ist Solidarität aller gefragt. Die Kosten steigen ins Unermessliche, zumal die Gesundheitskosten der oft kranken Menschen gar nicht absehbar sind. Also muss wohl eine Obergrenze pro Jahr für Asylbewerber her, da man die Verfahren zahlen muss und anerkannten Bewerbern Wohnung, Einrichtung und Sprachkurs zahlen will. Wir Republikaner warnen seit langem vor unkontrollierter, massenhafter Zuwanderung. Jetzt kommt die Quittung für überhebliche und bürgerfeindliche Politik. Endlich werden jetzt sichere Drittstaaten benannt, die Rückführung für Menschen ohne Bleibeperspektive soll beschleunigt werden. Schnellere Asylverfahren werden angestrebt. Endlich zahlt die EU für die Camps im Nahen Osten, plötzlich will man mit Assad reden, und Russland soll wieder ins Boot. Aber was passiert mit den Menschen hier? In Hartz IV leben über sechs Millionen, etwa 2,7 Millionen suchen Arbeit. Wir haben arme und sehr arme Menschen hier, was passiert mit denen? Alleinerziehende, junge Familien, Kleinrentner und Behinderte sind vergessen worden. Auch unsere Bevölkerung hat ein Anrecht auf bezahlbaren Wohnraum und Hilfe in bestimmten Lebenslagen.“

ÖDP

Faire Politik hilft

Josef Fortner, Kreisvorsitzender: „Asylbewerber und Flüchtlinge – die Auswirkungen der Einwanderung in unser Land werden täglich gezeigt und diskutiert. Im Grundgesetz steht im Artikel 16a der lapidare Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Die Väter des Grundgesetzes haben aus der geschichtlichen Erfahrung diese Worte wohlüberlegt geschrieben, um Menschen aus Staaten aufzunehmen, in denen Gefahr für Leib und Leben besteht – oder wir gewähren auch vor Bürgerkrieg, Misswirtschaft und Klimaveränderung fliehenden Menschen Aufenthalt, bis sich die Situation in ihrer Heimat verbessert hat.

In Deutschland wurde schon mehrfach eine größere Anzahl von Menschen aufgenommen und integriert – die Gastarbeiter in den 60er-Jahren oder auch die deutsche Wiedervereinigung in

den 90ern war mit hohen jährlichen Bevölkerungsbewegungen verbunden.

Die „hohe Politik“ in Bund und der Europäischen Union hat die Entwicklung ziemlich verschlafen, aber unsere Kommunen, Polizei und viele Bürger konnten bis jetzt dies hervorhebend ausgleichen. Doch es muss nun der finanzielle Aufwand und auch die Leistungsfähigkeit der zuständigen Behörden erheblich mit Personal aufgestockt werden.

Langfristig ist aber der erfolgreichste Weg, mit einer fairen und friedensstiftenden Politik auf Augenhöhe Hilfe zur Selbsthilfe in die Herkunftsländer der Flüchtlinge zu bringen, damit lebenswerte Bedingungen geschaffen werden und eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat möglich wird.“



BAYERNPARTEI

Volk abstimmen lassen

Sepp Lausch, Kreisvorsitzender, stellvertretender Parteivorsitzender: „Die Bayernpartei (BP) bekennt sich zum Grundrecht auf Asyl, dieses beinhaltet aber nicht das Recht auf ungebremste Einwanderung wegen Armut und Perspektivlosigkeit. Dies mag im Einzelfall hart sein, doch ungebremste Zuwanderung wird unüberschaubare Konsequenzen für Bayern haben! Die Flüchtlingskrise ist Bundeskompetenz, Bayern wird am Gängelband von Berlin geführt. Die CSU hat die Gesetze (Dublin- und Schengen-Abkommen, Asylrechtsreform in den 90ern) mitbeschlossen, gegen die sie jetzt Sturm läuft. Nicht erst heute fordert die Bayernpartei:

- Rückkehr zur Versorgung von Flüchtlingen mit Sachspenden, keine Auszahlung von Bargeld mehr;
- Terrorgruppen angehörige Flüchtlinge und Straftäter sofort abschieben;

- Beschleunigte Abschied von abgelehnten Asylbewerbern die schon länger im Land sind (rund 600.000);
- Einführung von Aufnahmezentren an EU-Außengrenzen, von allen EU-Mitgliedern finanziert und mit Personal versorgt. Dort sollen Asylanträge bearbeitet werden;
- Grenzkontrollen – eine alte BP-Forderung, die nun vor kurzem erfüllt wurde;
- Eine Volksabstimmung über das Asylrecht und ein Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild Kanadas oder Australiens ist zwingend notwendig, aber nur in Bayern möglich, weil das deutsche Grundgesetz keine Volksabstimmung vorsieht. Darum fordern wir die Unabhängigkeit Bayerns. Bayerns Probleme können am besten von Bayern aus gelöst werden.“

